

Amtsvertretung Unna-Kamen gegen Errichtung einer Absc

OPHERDICKE. Große Politik in kleinem Dorf. In einer Sondersitzung diskutierten gestern die Vertreter des Amtes Unna-Kamen über die Errichtung einer Raketenabschußbasis auf dem Truppenübungs-gelände Hengsen/Opherdicke. Im Gegensatz zur Sitzung des Kreistages mit dem gleichen Thema, in der parteipolitische Argumente hart aufeinanderprallten, verlief diese Sitzung ruhig. Trotzdem: zum ersten Mal geschah es, daß die Amtsvertretung nicht

einstimmig beschloß. Eine Resolution, in der sich die Amtsvertretung „mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln“ der Errichtung einer Basis wider-setzen will, wurde nur auf Grund der SPD-Mehrheit verabschiedet. Während sich die FDP-Fraktion der Stimme enthielt, entschloß sich die CDU-Fraktion für ein klares Nein. Die SPD hatte den Antrag für diese Sitzung eingebracht.

Die Resolution der Amtsvertretung umfaßt sechs Punkte:

- Die Amtsvertretung ist aufs tiefste empört über die Absicht des Bundesverteidigungsministeriums, auf dem Truppenübungsplatz in Hengsen-Opherdicke eine Abschußbasis für Raketen zu errichten.

- Die Amtsvertretung wird sich mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln dieser Maßnahme widersetzen, da im Falle eines Krieges unsere Heimat dem sicheren Atom-Tod ausgeliefert ist.

- Die Verwaltung wird beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, die erforderlich sind, um die Errichtung der geplanten Raketenabschußbasis in Hengsen-Opherdicke nicht Wirklichkeit werden zu lassen.

- Darüber hinaus protestiert die Amtsvertretung mit aller Schärfe gegen jede atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Sie fordert den Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettkampf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen.

- Die Landesregierung ist aufzufordern, die Stationierung von Raketen- und Atomwaffen in unserem Lande nicht zuzulassen.

- Von der Bundesregierung erwarten wir eine Abkehr von der gegenwärtigen Politik, die niemals zu einer ersten Entspannung führen kann.

Zu Beginn der Sitzung stellte die CDU-Fraktion den Antrag, aus dem Entschließungsantrag (Resolution) die letzten drei Punkte auszuklammern. Sie sei nicht bereit, über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr zu diskutieren.

Die SPD erklärte sich bereit, evtl. diese Punkte wegfällen zu lassen, verlangte jedoch eine Diskussion über die gesamte Resolution.

Die FDP, angeführt vom Fraktionsvorsitzenden Schulze-Steinen, willigte in einen Protest gegen den Plan Hengsen-Opherdicke ein, erklärte sich aber für die anderen Punkte für nicht zuständig.

Die CDU, besonders Fraktionsmitglied Beyer, stand auf dem Standpunkt, an eine Abschußbasis

Raketenabschußbasis in Her

Kreis Unna würde damit im Ernstfall erstes militärisches Ziel sein.
Bundestagsabgeordneter Gleisner: SPD beantragt Einberufung des Kreistages

U n n a. Das Bundesverteidigungsministerium will in Hengsen im Kreis Unna eine Abschußbasis für Raketen anlegen. Diese Hlobsbotschaft wurde von dem Bundestagsabgeordneten Alfred Gleisner, der Mitglied des Bundestagsausschußes für die Landesverteidigung ist, auf unsere telefonische Anfrage bestätigt. Die zuständigen Stellen des Kreises konnten dagegen keinerlei Auskunft geben. Mit der Anlage von Abschußbasen würde die Gemeinde Hengsen und das Gebiet des Kreises Unna zu einem jener militärischen Ziele werden, mit deren Vernichtung im Ernstfalle gerechnet werden muß.